

Rede zum Entwurf des Haushalts 2018

Ist die Sicherung des Kamener Haushalts nur dann auf einem guten Weg, wenn in diesem Jahr die Grundsteuer B auf 590 % erhöht wird. Um diese Frage dreht sich heute einiges.

„Alternativlos“ ist sie sicherlich nicht – das macht unser Vorschlag deutlich. Mieter oder Eigenheimbesitzer werden nach dem Willen von Verwaltung und SPD-Fraktion dann mit einer Erhöhung um 57 Prozent – bezogen auf den Satz von 2012 – den Löwenanteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Ein Weg, der sich in vielen Städten und Gemeinden durchgesetzt hat.

Wir wollen diesen Anteil reduzieren und die Gewerbesteuer leicht (um 20 Punkte oder 4,26 %) anheben und die Vergnügungssteuer auf 5 Prozent (dem Ansatz von Schwerte) anheben. Die Angst vor Klagen gegen diese Erhöhung hatten andere Städte nicht, denen Gerichte für eine viel stärkere Erhöhung grünes Licht gaben.

Damit tragen auch die Kamener Unternehmen einen Teil zum Schuldenabbau bei und vielleicht wird sogar ein kleiner Beitrag gegen die Spielsucht geleistet.

Gebetsmühlenartig wird hier seit Jahren wiederholt, dass die kommunale Finanzmisere nicht hausgemacht ist und die Kommunen noch länger auf ein neues kommunales Finanzierungsgesetz waren.

Die vom Kamener Stadtrat per Resolution gewünschte und im Grundgesetz vorgesehene Vermögenssteuer spielt bei keiner Partei in den Koalitionsverhandlungen eine Rolle und Steueroasen mit einer – dazu noch unvollständigen – Liste zu bestrafen, kann nicht zu Erfolgen führen.

Nur ein kleines Rechenbeispiel: Nach der Veröffentlichung der „Paradise-Papers“, die illegale oder legale Steuertricks internationaler und deutscher Unternehmen (beteiligt sind auch deutsche Ex-Politiker von SPD bis FDP) aufdecken, wurde der Steuerverlust allein für Deutschland auf bis zu 70 Milliarden Euro geschätzt. Rechnet man das um, sind das ca. 1000 Euro pro Einwohner und für Kamen macht das eine Summe von fast 40 Millionen. Nur ein Viertel davon für die Stadt und der Haushalt wäre auf einen Schlag mehr als ausgeglichen.

Kultur und anderes Gute

Viele Dinge, die Kamen lebenswert machen, sind im Haushalt abgebildet.

- Das betrifft den Bereich Kultur, besonders mit dem Museum, der Bücherei und der Musikschule. Hier begrüßen wird besonders die zum neuen Jahr geplante – und lange überfällige – Erhöhung der Dozentenhonoreare auf 20 Euro. Dennoch können teilweise akademisch ausgebildete Menschen mit dieser Tätigkeit kaum eine eigenständige Existenz aufbauen.

- Das betrifft die Arbeit des Jugendamtes, die hilft, dass der Betrag von fast 7 Millionen Euro für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen, nicht noch höher ist. Die Präventionsarbeit der Jugendzentren (auch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder Flüchtlingen) ist hier besonders zu loben. Die Investitionen für das JFZ Lünen Höhe und das Bürgerhaus Methler begrüßen wir.

- Auch für die Schulen wird viel Geld in die Hand genommen. Gut so! Moderner Unterricht muss eben auch digitale Medien einbeziehen und dazu sind die technischen Voraussetzungen und die Ausstattung der Schulen zu verbessern. Die Renovierung der Gebäude schreitet in Einzelschritten voran. Doch bei den älteren Gebäuden muss die Stadt aufpassen, dass die Zeit nicht davonrennt. Gleichzeitig ziehen sich einige Einzelmaßnahmen über Monate hin. Bauaufsicht und –kontrolle scheinen da nicht richtig zu funktionieren. Über die Ursachen wird in den nächsten Monaten zu sprechen sein.

- Durch Baumaßnahmen – vor allem in Methler – verbessert sich die Kita-Situation weiter. Durch die Trägervielfalt und die durchaus existierenden Wartelisten einzelner Kindertagesstätten ist eine Beurteilung der Versorgung allerdings schwierig.

Unsicherheit bei den Bädern und durch die Bäder

Nicht im Haushalt tauchen die Auswirkungen des zukünftigen Kombibads auf. Wie wirken sich die fast 20 Millionen Euro, die die GSW als Betreiber verbauen soll, auf die Bedingungen des Gesellschafters Stadt Kamen – und damit auch auf den Haushalt – aus?

Diese Unsicherheit für den Haushalt durch den Bäderbau und Bäderbetrieb wird ergänzt durch die Unsicherheit, den die Bürger der Stadtteile empfinden. Hier ist besonders die Kleinschwimmhalle Heeren zu nennen, für deren Erhalt wir hier schon mehrfach eingetreten sind.

Planungen für die Zukunft

Wir begrüßen die Investitionen für

- das integrierte Handlungskonzept für den Ortsteil Heeren-Werve,
- die Sanierung des Ratstrakts,
- die Einbindung der Seseke in die Innenstadt,
- den Umbau des Gebäudes der ehemaligen Käthe-Kollwitz-Schule für die VHS

Wir wünschen uns aber dringend den Erhalt des Gebäudes der alten Geschäftsstelle am Geist – am besten in öffentlicher Hand.

Vernachlässigte Themen

Viele meiner hier sitzenden Ratskolleginnen und –kollegen werden sicher zustimmen, wenn ich sage, dass es eine Qual ist, den Haushalt Position für Position, Kennzahl für Kennzahl durchzuarbeiten. Gut, dass zumindest im Jugendhilfe- und im Kulturausschuss wesentliche Verschiebungen der zugehörigen Produktbereiche erläutert wurden.

Dennoch ist **Transparenz** nicht gerade ein Lieblingskind der Verwaltung. Hier will ich nicht noch einmal auf die Verquickung von Stadtverwaltung und KBG eingehen. Es geht um die „geheimen“ Sitzungen der Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen. Hier sind in anderen Räten längst Berichte aus den Sitzungen üblich. Und es geht um die Gehälter und Nebeneinkünfte der Geschäftsführer. Da musste eine Fusion mit der Sparkasse Unna her, damit die Kamener nun wissen dürfen, was ihr Sparkassen-Chef verdient.

Für **Umwelt und Klimaschutz** gibt es zwar einen Ausschuss, doch die Aufwendungen im Bereich des zugehörigen Produktbereiches 56 sind – verglichen mit anderen Bereichen – eher marginal. Der größte Teil der Investitionen wird für Kompensationsmaßnahmen gebraucht. Hier gilt es, für eine ökologische Politik, die einerseits für Arten- und Klimaschutz durch Bewahrung von Grünflächen oder Entsiegelung eintritt und andererseits Maßnahmen zur Klimafolgeanpassung wie

zum Beispiel Gebäude- oder Dachbegrünungen umsetzt.

Im Bereich „**Soziales**“ ist die Stadt kaum zuständig. Der größte Teil der Ausgaben im Produktbereich 31 sind sog. Transferaufwendungen. Also geht es um Geld, das die Stadt nur weiterleitet. Interesse scheint auch in der Politik kaum vorhanden. Da gibt es zwar einen Sozial- und Familienausschuss. Doch das Thema Familie ist fast immer Thema im JHA und das übrig bleibende Soziale scheint so wenig wichtig, dass die Sitzungen fast immer ausfielen. Beschlüsse wurden schon lange nicht mehr gefasst.

Dabei leben wir in einer Gesellschaft, in der die Spaltung in Arm und Reich immer größer wird. Wir haben den Vorstoß für eine Quote für den sozialen Wohnungsbau im Rahmen der Bauplanung angekündigt.

Ein Zitat der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU im schwarz-grün regierten Schleswig-Holstein macht da Angst: „So viel Geld, wie man zum Leben bräuchte, gibt es nicht zu verteilen.“

Und auch die NRW-Regierung mit unserer Kommunal- und Heimatministerin Ina Scharrenbach gab keinen guten Anfang. Für die Stadt befürchtet der Kämmerer die Senkung der Schlüsselzuweisungen.

Dazu war die Streichung der Gelder für das Sozialticket vorgesehen. Aber: Protest hilft. Nach öffentlichem Druck

vieler Gruppen, Parteien und Verbände wurden die Pläne zurückgenommen.

Es gilt das gesprochene Wort.

Klaus Dieter Grosch

(Fraktionsvorsitzender)